

Kleine Anfrage

der Abg. Carola Wolle AfD

Mögliche Verbindungen zwischen den neuerlich freigegebenen sogenannten „Epstein Files“ und staatlichen Funktionsträgern in Baden-Württemberg

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche konkreten Erkenntnisse liegen der Landesregierung vor, inwieweit die „Epstein Files“ Hinweise auf Personen, welche in Baden-Württemberg staatliche Funktionen ausüben, respektive ausgeübt haben (beispielsweise Mandatsträger, Mitglieder der Landesregierung, Beschäftigte von Landesbehörden), beinhalten?
2. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur weiteren Aufklärung möglicher Verbindungen der „Epstein Files“ mit unter Frage 2 genannten Personen aus Baden-Württemberg?
3. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zum Schutz potenzieller Betroffener in Baden-Württemberg im Kontext der „Epstein Files“ zu ergreifen?
4. Welche strafrechtlichen Verfahren bzw. Ermittlungen in Baden-Württemberg sind der Landesregierung im Zusammenhang mit den „Epstein Files“ bekannt?

3.3.2026

Wolle AfD

Begründung

Die im November 2025 und Februar 2026 neu freigegebenen Dokumente der sogenannten „Epstein Files“ offenbaren ein internationales Geflecht, dessen Ausmaß erst allmählich sichtbar wird. Das Netzwerk des verurteilten Sexualstraftäters Jeffrey Epstein reichte bis nach Europa und auch Deutschland taucht in den Akten auf. Die Dokumente umfassen über drei Millionen Seiten Text, Bilder und Videos und enthüllen Verbindungen zu prominenten Deutschen aus Medien, Wirtschaft und Wissenschaft. International führten die Veröffentlichungen bislang zu Rücktritten in Norwegen, Großbritannien und der Slowakei.

Die Bundesregierung hält sich derweil bedeckt. Regierungssprecher Stefan Kornelius äußerte am 9. Februar 2026: „Wir sehen, was in anderen Ländern ans Tageslicht kommt, beziehungsweise, wie es dort politische Auswirkungen hat.“ Die Bundesregierung sehe jedoch keinen Anlass für eine systematische Auswertung der Epstein-Akten. Ihm sei zudem nichts darüber bekannt, dass der Fall Epstein für Deutschland strafrechtlich relevant sein könnte.

Die Landesregierung hat sich bislang nicht öffentlich zu den veröffentlichten „Epstein Files“ und möglichen Bezügen zu Deutschland geäußert oder dazu Stellung genommen, wie mit den Enthüllungen umgegangen werden soll.